

# Der erste Klassenkampf in Basel (Winter 1868/1869)

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: Chapter

Zeitschrift: **Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde**

Band (Jahr): **64 (1964)**

PDF erstellt am: **27.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

der ersten Arbeiterzeitung Basels für die städtischen Arbeiter forderte, war zunächst der volle Genuß der durch Bundes- und Kantonsverfassung gewährleisteten Freiheiten und Rechte, vor allem das Recht, ohne Gefahr der Entlassung vom Arbeitgeber abweichende politische und soziale Ansichten zu äußern. Vom Staate verlangte er die Verbesserung der materiellen Existenz des Arbeiters. Mit der Forderung des unentgeltlichen Volksschulunterrichts blieb er noch durchaus im Rahmen dessen, was Klein im «Volksfreund» und im Großen Rat seit Jahren postuliert hatte. Sehr viel weiter ging dagegen das Verlangen, die Schüler sollten auf Staatskosten gekleidet und genährt werden. Damit knüpfte er an extreme jakobinische Forderungen an, wie sie etwa im von Robespierre in der Konventssitzung vom 13. Juli 1793 verlesenen Plan Lepelletier Saint-Fargeaus enthalten waren<sup>168</sup>. Hauptanliegen des I.A.V. war und blieb aber das Arbeitergesetz, welche Forderung die «Handelszeitung» mit dem manchesterlichen Kommentar versah, es widerspreche dem Begriff des Staates, besondere Gesetze für einzelne Klassen der Bürger zu erlassen<sup>169</sup>.

Wenn sich der I.A.V. auch bemühte, durch praktische Maßnahmen – etwa die Einrichtung eines Stellenvermittlungsbüros in der Wirtschaft Starkes<sup>170</sup> – die Marktlage des Arbeiters zu verbessern, so konnte er doch nicht verhindern, daß die Erregung in der Arbeiterschaft anwuchs. In den Fabriken und Werkstätten gährte es, wobei weder auf der Seite der Unternehmer noch auf jener der Arbeiter die Worte gewogen wurden. Am 29. Oktober erklärte der «Demokrat», der Gesellschaftskrieg liege in der Luft. Am 9. November 1868 brach er aus.

### *Der erste Klassenkampf in Basel (Winter 1868/1869)*

Der Anlaß des Arbeitskonflikts bei der Firma De Bary in St. Jakob war geringfügiger Natur: es ging darum, ob ein umstrittenes Wohnheitsrecht, der sogenannte Viertelblauen am zweiten Messemontag, gewährt werde oder nicht<sup>171</sup>. In Wirklichkeit han-

<sup>168</sup> Da Starke im Grütliverein 1861 und 1862 Vorträge geschichtlichen Inhalts – u. a. über die Französische Revolution – gehalten hat, ist die Beeinflussung durch die jakobinische Literatur nicht völlig von der Hand zu weisen. Vgl. Haerberli, op. cit., p. 89.

<sup>169</sup> Sch.H.Ztg., 10. Nov. 1868.

<sup>170</sup> Der Arbeiter, passim.

<sup>171</sup> Der «Messeblauen» war weder im individuellen Arbeitsvertrag noch in der Fabrikordnung niedergelegt. Es war aber seit Jahren in den meisten Basler Fabriken Wohnheitsrecht, daß die Arbeiter am Nachmittag des ersten Messemontags frei erhielten. So war es auch am 2. November 1868 gehandhabt

delte es sich um eine Machtprobe zwischen der durch den Seniorchef der genannten Seidenbandfabrik vertretenen Arbeitgeberschaft und den klassenbewußtesten Elementen des I.A.V.

Amsler, der dem I.A.V. angehörende Wortführer der Arbeiter von St. Jakob, erklärte seinem Arbeitsherrn, der auf die Forderung der Arbeiter nicht eingegangen war und kurz und bündig angekündigt hatte, wer die Fabrik dennoch verlasse, erhalte den Abschied: «Herr DeBary, die Zeit ist vorbei, wo sich die Arbeiter vor den Herren fürchteten und zitternd und zagend ihnen gegenüberstanden. Wir dulden keine Willkürlichkeiten mehr. Wir sind in einem freien Lande, und die Zeiten der Geißler dürfen nicht wiederkehren. Wir sind Tells Nachkommen und internationale Männer. Wir wollen leben und leben lassen. Wir wollen nur, was Recht vor Gott und Menschen ist<sup>172</sup>.»

Das war eine in Basel durchaus ungewohnte Sprache; sie bediente sich des Vokabulars des «Vorboten», des «Arbeiters» und des Bruhinschen «Demokraten». DeBary, überzeugt, als Vertreter der ganzen Unternehmerschaft zu handeln, wollte zeigen, daß man in Basel und nicht in Genf, Frankreich, Belgien oder England lebe und wiederholte seine Drohung. Er konnte sich dabei auf die Fabrikordnung berufen, welche bestimmte, daß ein Arbeiter wegen ordnungswidriger Aufführung sogleich entlassen werden könne. Darauf verließen 105 Arbeiter unter Führung Amslers die Fabrik, während 70 andere – vor allem Frauen – weiter arbeiteten. Die Feiernden glaubten schon deswegen nicht ernstlich an die Drohung einer sofortigen Entlassung, weil der Arbeitsvertrag eine gegenseitige vierzehntägige Aufkündigungsvorschrift vorsah; zudem waren sie größtenteils Stückarbeiter und hatten ihre Stücke noch

worden; die Firma DeBary hatte keine Ausnahme gemacht. Der nachmittags 4 Uhr beginnende sogenannte Viertelblauen am zweiten Messemontag hing vom Ermessen und guten Willen der Unternehmer ab. Er war 1867 von mehreren Fabrikanten – u. a. von DeBary – vor allem wegen Mangels an dringenden Aufträgen gewährt worden, konnte aber von den Arbeitern nicht als «jahrelange Übung» geltend gemacht werden. Ob noch andere Arbeitgeber ihren Arbeitern am 9. November das vorzeitige Verlassen der Fabrik verweigert haben, geht aus den Quellen nicht hervor. Der Wortführer der Arbeiter von St. Jakob machte DeBary gegenüber geltend, viele seiner Arbeitskollegen hätten am ersten Messemontag teils wegen Geldmangels, teils wegen zu großen Andrangs die erhofften billigen Einkäufe nicht tätigen können, so daß der Viertelblauen für sie eine ökonomische Notwendigkeit darstelle. DeBary wies die Forderung mit der Begründung ab, die Dringlichkeit der Aufträge erlaube dieses Jahr eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht. Weder das eine noch das andere Argument war aber für den Ausbruch des Konflikts entscheidend.

<sup>172</sup> Sch.Vfr., 14. Nov. 1868

nicht vollendet. DeBary wandte sich aber noch gleichen Tags an die Polizeidirektion, um für den folgenden Tag Schutz für die Arbeitswilligen anzufordern, in der Überzeugung, der Konflikt sei von der I.A.V. bewußt inszeniert worden, deren Führer eine völlige Arbeitsniederlegung in St. Jakob provozieren wollten<sup>173</sup>.

Als am nächsten Morgen die 105 Arbeiter ihre Tätigkeit wieder aufnehmen wollten, fanden sie die Fabrik von 5 Polizisten bewacht und den Eingang für alle, die den Viertelblauen gefeiert hatten, verboten. Unter der Devise «Alle oder keiner» schloß sich ihnen die Mehrzahl jener an, die am Vortage weitergearbeitet hatten. Die Erregung der vor dem Fabrikator Versammelten erreichte ihren Höhepunkt, als ihnen von der Fabrikherrschaft verkündet wurde, die in Birsfelden als Mieter des Fabrikanten Wohnenden hätten ihre Logis zu verlassen und Arbeitswilligen Platz zu machen. Unterdessen hatten Frey und Starke Nachricht von dem Geschehenen erhalten; sie trafen noch gerade rechtzeitig in St. Jakob ein, um die in Tumult geratenen Massen vor unbedachten Schritten zurückzuhalten. Der Konflikt kam den Führern des I.A.V. höchst ungelogen, war doch die Arbeitsniederlegung in den verschiedenen internationalen Organen und eben wieder auf dem Brüsseler Kongreß als ultima ratio bezeichnet worden und sollte nur für den Fall erlaubt werden, daß die Zustimmung der obersten Vereinsleitung eingeholt wurde<sup>174</sup>. Es gelang ihnen denn auch, die Arbeiter zu sammeln und sie in einem geordneten Zug – 120 Männer und 48 Frauen stark – nach Birsfelden zu führen<sup>175</sup>. In einer improvisierten Versammlung beschloß man, sich an die Behörden zu wenden, um

<sup>173</sup> Einschlägige Quellen für den Konflikt in St. Jakob: Briefwechsel, 14. und 19. November 1868; St.A.B., Prot. d. Kl. Rats, 237 Jg., 1868 [Prot. d. Kl. R. 1868], Referat des Amtsbürgermeisters vom 14. Nov. 1868; St.A.B., AA 10, Handel und Gewerbe, Wachmannschaft bei DeBary – Brief des Amtsbürgermeisters an den 2. Bürgermeister vom 16. Nov. 1868; St.A.B., Nachlaß C. F. Burckhardt, Korrespondenz aus Liestal vom 13. Nov. 1868 – Briefe DeBarys vom 10. und 15. Nov. 1868; St.A.B., Privatarchive Sarasinsches Familienarchiv, 212, R 16,2: Brief DeBarys vom 10. Nov. 1868 S.P., B 1 und B 3,1: November 1868 passim; Joh. Ph. Becker, Die internationale Arbeiter-Association und die Arbeiterbewegung in Basel im Winter 1868/69, Genf 1869, p. 4ff. [Becker]; Vorbote, Nov. und Dez. 1868; Arbeiter, 14. Nov. 1868; Demokrat, 17., 21., 26. Nov., 1. Dez. 1868; B.N., 12. und 13. Nov. 1868; N.B.Ztg., 17. und 19. Nov. 1868; Sch.H.Ztg., 13. Nov. 1868; Sch.Vfr., 11., 12., 14. und 18. Nov. 1868.

<sup>174</sup> Vgl. die Berichte der Genfer, Lütticher und Brüsseler Sektionen zur Streikfrage und die Kongreßdebatten darüber in Freymond, Bd. I, p. 265–290. Ferner: Vorbote, Sept. bis Nov. 1868.

<sup>175</sup> Dies die Zahlen Freys; Becker gibt – offenbar auf Zeitungsberichten fußend – 200 und 70 an.

die Gesetzmäßigkeit des fabrikherrlichen Verhaltens untersuchen zu lassen, zugleich aber die Posamentier der Landschaft von dem Vorgefallenen zu unterrichten, damit sie sich nicht als Arbeitsersatz zur Verfügung stellten.

Die Herren DeBary und Söhne waren unterdessen auch nicht untätig geblieben. Nicht nur hatten sie sich um Schutz und Beistand an die Regierungen von Basel-Stadt und Baselland gewendet, sondern auch ein Rundschreiben an die übrigen Fabrikbesitzer erlassen, in welchem sie diese ersuchten, die Entlassenen nicht einzustellen. Mit Hilfe von Inseraten – vor allem in basellandschaftlichen Blättern – versuchten sie, neue Arbeiter zu gewinnen. Vor allem aber übten sie auf die Bäcker, Milchhändler, Metzger und Krämer Birsfeldens und der Breite starken Druck aus, ihren Arbeiterkunden keinen Kredit mehr zu gewähren, was diese um so mehr treffen mußte, als sie für die unvollendet gelassenen Stücke noch nicht bezahlt waren. Wenn die «Basler Nachrichten» am 12. November schrieben, die Internationalen hätten mit dem Streik in St. Jakob ihren Feldzug in Basel eröffnet, so stellten andererseits die Maßnahmen des Unternehmers einen Akt des Klassenkampfes von rechts dar.

Die Bemühungen des I.A.V., Arbeitswillige von der Arbeit abzuhalten, waren größtenteils von Erfolg gekrönt. Für die Entlassenen wurde in Birsfelden eine Gemeinschaftsküche organisiert. Wenn ein Liestaler Korrespondent dem Amtsbürgermeister am 13. November – vier Tage nach dem Ausbruch des Konflikts – berichtete, die Internationalen hätten ihre Sympathie bei den Hausposamentierern der Landschaft wegen ihres Losschlagens um eines Blauen willen eingebüßt, so mochte dies für einzelne zutreffen; im ganzen aber täuschte er sich. Sofort nach Bekanntwerden der Vorfälle in St. Jakob langten Lebens- und Geldmittel als freie Gaben von den benachbarten Sektionen der Internationale an, wobei die Sektion Binningen den Reigen mit der Sendung von 120 Franken und einem Wagen voll Kartoffeln eröffnete. Daß sich auch die städtischen Arbeitskollegen nach Maßgabe ihrer Mittel freigebig erwiesen, verschaffte dem I.A.V. eine günstige Position in den Verhandlungen, die spätestens am dritten Konflikttage aufgenommen worden sein müssen. Die Initiative dazu scheint einerseits von den Führern des I.A.V., andererseits von Ratsherr Klein ausgegangen zu sein; in der Schlußphase muß sich auch die Polizeidirektion eingeschaltet haben. Die Firma DeBary bestand zunächst darauf, daß zwölf Rädelsführer entlassen bleiben sollten; Frey und Starke stellten andererseits die Bedingung, daß die dem Konflikt ein Ende setzende Übereinkunft die Unterschrift des I.A.V. tragen müsse. Schließlich

mußten beide Seiten nachgeben, und es kam am 14. November zu einem Kompromiß. Die Internationalen verzichteten auf die Unterschrift, welche ihre Organisation zum anerkannten Vertragspartner gemacht hätte. Die Firma De Bary erklärte sich bereit, die Entlassenen wieder einzustellen, die Aufkündigungen der Wohnungen zurückzunehmen und das an die Fabrikanten ergangene Rundschreiben zu annullieren. Die gegenseitig gesprochenen Worte sollten als nicht gesprochen betrachtet werden. Amsler, der als Rädelsführer nicht mehr akzeptiert wurde, verzichtete freiwillig auf die Wiederaufnahme der Arbeit, einerseits weil er anderweitig Beschäftigung gefunden hatte, andererseits um – nach seinen eigenen Worten – beim Schlußakt der neuen Schlacht von St. Jakob gegen die modernen Armagnaken als Opferlamm aufgeführt zu werden. Wurde ihm diese Genugtuung zuteil, so zog er vor dem Zivilgericht den kürzern, vor welchem er seinen Arbeitgeber um den Betrag vierzehntägigen Lohns belangt hatte, weil die vierzehntägige Kündigung nicht eingehalten worden sei. Unter Hinweis auf die von De Bary geltend gemachte Fabrikordnung wurde der Kläger abgewiesen. Der I.A.V. feiert das Übereinkommen in St. Jakob als ersten und glänzenden Sieg der internationalen Arbeiterschaft, das Gerichtsurteil qualifizierte er als einen Akt der Klassenjustiz<sup>176</sup>.

Der I.A.V. hatte Anfang August in der Öffentlichkeit als sein Ziel erklärt, die ganze Basler Arbeiterschaft unter seiner Fahne zu versammeln. Die seither eingetretene Verschärfung der sozialen Gegensätze hatte ihn dieser Absicht um vieles näher gebracht: Da die Vorfälle in St. Jakob ihm zahlreiche neue Anhänger zuführten, zählte er gegen Ende November bereits 2000 Mitglieder<sup>177</sup>. Ihr besonderes Augenmerk richteten die Führer seit einiger Zeit auf die Gewinnung des Mittelstandes, vor allem aber auf das handwerkliche Element<sup>178</sup>. Da die fortgeschrittensten unter den Handwerksgesellen im «Deutschen Arbeiterbildungsverein» und im «Grütliverein» organisiert waren, wurden im Herbst 1868 die Bemühungen zum Anschluß dieser beiden Vereine verstärkt. Die Voraussetzungen dazu schienen denkbar günstig.

Wenige Wochen vor dem Brüsseler Kongreß hatte der Verbands-

<sup>176</sup> Das Echo auf die Vorgänge von St. Jakob in der Schweizer Presse war weitgehend von den Informationsquellen des jeweiligen Blattes abhängig. «Der Arbeiter» vom 28. Nov. zitierte als «verläumderisch» die Darstellung im «Bund» und in der «Luzerner Zeitung», als «unparteiisch oder günstig» jene im Sch.Vfr., im «Landschäftler», in der «Sissacher Zeitung», im «Demokraten», im «Handelscourier» (Biel), im «Fricktaler» und im «Baselbieter».

<sup>177</sup> Arbeiter, 21. Nov. 1868.

<sup>178</sup> Ibidem, 28. Nov. 1868.

tag der «Deutschen Arbeiterbildungsvereine» der Schweiz einstimmig den Anschluß an die I.A.A. beschlossen. Alle Versuche, die Basler Sektion dem I.A.V. einzugliedern, zerschlugen sich aber, sei es, daß sie am nationalen Gegensatz scheiterten, sei es, daß die deutschen Handwerker und Arbeiter vor einer stärkeren finanziellen Belastung zurückschreckten oder die Person des Führers der Basler Internationalen ablehnten.

Der «Grütliverein» hatte sich unter dem Druck seiner internationalen Mitglieder, vor allem seines langjährigen Präsidenten Starke, und wahrscheinlich auch unter dem Einfluß Kleins, dem I.A.V. seit 1867 Schritt für Schritt genähert. Am 5. Oktober 1868 beschloß er, das Organ der Basler Internationalen, den «Arbeiter», zu abonnieren<sup>179</sup>. Als aber Starke kurz nach dem Konflikt von St. Jakob den formellen Antrag auf einen Anschluß an den I.A.V. stellte, lehnte die Sektion das Ansinnen am 7. Dezember nach zwei-stündiger, leidenschaftlicher Diskussion mit den Argumenten ab, der Grütliverein nehme als nationaler, schweizerischer Verein keine Befehle vom Ausland entgegen; er sei – trotz allem Interesse für die soziale Frage – ein freisinnig-demokratischer politischer Verein; schließlich hätten viele Grütlianer als Handwerksgesellen die Hoffnung, sich später «zu etablieren», sie besäßen deshalb kein Interesse, «eine Sache zu verfechten, deren Folgen später auf sie selbst zurückfallen würden<sup>180</sup>.»

Der I.A.V. blieb im wesentlichen eine Arbeitervereinigung; die Gewinnung der für den bevorstehenden Kampf so wichtigen handwerklichen Elemente blieb ihm größtenteils versagt.

Trotz der Verständigung von St. Jakob blieb das Mißtrauen auf beiden Seiten bestehen. Nicht nur DeBary, die ganze Unternehmerschaft war durch die anmaßenden Worte Amslers zutiefst aufgewühlt worden und trotz dem Versprechen des Fabrikherrn von St. Jakob nicht bereit zu vergessen. Wenn die Fabrikanten die sich seit dem November häufenden Entlassungen als konjunkturbedingt hinstellten, so wiesen die Internationalen darauf hin, daß es sich bei den Betroffenen fast ausschließlich um Mitglieder ihrer Vereinigung handle<sup>181</sup>. Im Vorstand des I.A.V. drang die Überzeugung durch, daß die Unternehmer zum Vernichtungsschlag gegen ihre Vereinigung ausholten. Frey berichtete nach Genf, er müsse

<sup>179</sup> Haeberli, op. cit., p. 95.

<sup>180</sup> Ibidem, p. 93.

<sup>181</sup> Briefwechsel, 24. Nov. 1868. Ein zweiter Brief Freys an Becker vom selben Datum mit weiteren Nachrichten über Entlassung Internationaler befindet sich im Int. Inst. f. Sozialgeschichte in Amsterdam irrtümlicherweise im Briefwechsel Starke-Becker als Nr. 1306 unter der Signatur DII/1303/33.

nachts bewaffnet und unter Bedeckung ausgehen, wenn er gesichert sein wolle. Er beschwor Becker, die auswärtigen Bundesbrüder möchten den Basler Arbeitern die Gefolgschaft nicht versagen, wenn es wirklich zum Treffen kommen sollte. «Wehe allen, die uns angreifen, es könnte zu einer allgemeinen Arbeiterrevolution führen<sup>182</sup>.» Tatsächlich scheinen sich die wichtigsten Unternehmer für den offenbar als unausweichlich empfundenen Kampf gerüstet zu haben. Eine Übereinkunft vom 26. November, welche die Unterschriften sämtlicher größerer Bandfabrikanten trägt, sieht schwere Sanktionen gegen Streikende und Solidarität der Arbeitgeber gegenüber Entlassenen vor<sup>183</sup>.

Der Präsident der Basler Internationalen charakterisierte die in der Stadt herrschende Atmosphäre sehr zutreffend, wenn er schrieb, die politische Luft in Basel sei so gewitterschwanger, daß er nicht wisse, was und wann sie gebären werde<sup>184</sup>. Die Schwüle war sogar an der am 21. November stattfindenden Grütlifeier zu spüren, in welcher unter andern die Internationalen Starke und Quinche das Wort ergriffen und Klein eine Ansprache hielt, die der Redaktor des «Arbeiters» als Bekenntnis zu den sozialdemokratischen Grundsätzen empfand<sup>185</sup>.

Indessen suchte der Verwaltungsrat des I.A.V., dem – nach einem Geständnis Freys – die Leitung des so unerwartet zur Massenorganisation angeschwollenen Vereins schon im Frühherbst aus den Händen gegliitten war, durch energischere Zusammenfassung der sich immer selbständiger gebärdenden Fachvereine die Disziplin wieder herzustellen und der Bewegung eine klare Richtung zu geben. Alle Kräfte sollten auf ein einziges Ziel gerichtet werden: das Arbeitergesetz<sup>186</sup>. Trotz den Bemühungen um eine gemeinsame Aktion ging die Initiative zu einer Gesetzgebung auf dem Gebiete der Fabrikarbeit von einem Fachverein aus. Eine am Tage vor dem

<sup>182</sup> Briefwechsel, 19. Nov. 1868.

<sup>183</sup> St.A.B., Privatarhive, Sarasinsches Familienarchiv, 212, R 16,2 [Sarasinsches F.A.]. Kopie einer Übereinkunft zwischen den unterzeichneten Fabrikanten vom 26. Nov. 1868. Unterzeichnet von: Gebr. Bischoff, Johann DeBary und Söhne, Fiechter und Söhne, Horandt und Söhne, Richter Linder, Linder, Trüdinger und Cie., Bischoff und Söhne, Sarasin und Cie., Hans Franz Sarasin, E. Bürgy und Cie., Heusler, Iselin und Söhne.

<sup>184</sup> Briefwechsel, Starke-Becker, Nr. 1306, vgl. Anmerkung 181.

<sup>185</sup> Arbeiter, 28. Nov. 1868. Nach der N.B.Ztg. vom 27. Nov. 1868 hätte Klein ausgeführt, wie er in den 1850er Jahren gegen die Pfaffen zu Felde gezogen sei, so habe er auch vor fünf Jahren den Kampf gegen die «Bauchigen» aufgenommen. Trotz schiefen Gesichtern werde er treu zu den Arbeitern halten, obgleich er auf dem grünen Sessel (des Kleinen Rates) sitze.

<sup>186</sup> Arbeiter, 7. Nov. 1868; S.P., B 1 und B 3,1 passim.



Ausbruch des Konfliktes in St. Jakob von der Posamentersektion angenommene Eingabe von 26 Punkten wurde am 19. November dem Kleinen Rat und den Unternehmern zugestellt. An ähnlichen Forderungen anderer Berufsgruppen wurde fieberhaft gearbeitet.

Was die Posamenter verlangten, war zum guten Teil billig: den 11 ½stündigen Arbeitstag unter Einschluß zweier halbstündiger Eßpausen (also nicht den von der I.A.A. propagierten Achtstundentag); 5-Uhr-Arbeitsschluß an Samstagen und vor Feiertagen; Abschaffung der Sonntagsarbeit; Verbot der Arbeit für Kinder unter 14 Jahren (wohl gegen den Willen mancher kurzsichtiger Eltern); Wöchnerinnenschutz. Taktisch ungeschickt war die Forderung einer gesetzlichen Festlegung des zweiten Meßblauen, um so mehr als dieser auf den ganzen Nachmittag ausgedehnt werden sollte. Schlechthin unannehmbar aber war das unter Punkt 16 aufgeführte Postulat einer ausschließlich aus Arbeitern zusammengesetzten Aufsichtskommission mit weitgehenden Kompetenzen, wäre doch der Fabrikherr in seiner eigenen Fabrik vom guten Willen der Arbeiter abhängig geworden<sup>187</sup>. Starke hatte im Vorstand vergeblich auf das Utopische dieses Wunsches hingewiesen und statt dessen eine gemischte Kommission in der Art der französischen prudhommes gefordert<sup>188</sup>. Die Posamenter nahmen die Führer des I.A.V., die in Rede und Schrift immer wieder das Mitspracherecht des Arbeiters verlangt hatten, beim Wort und sahen hier die willkommene Gelegenheit, das Schlagwort zur Realität zu machen. Weit übers Ziel hinaus ging aber auch ihre Forderung nach Lohnerhöhung, nahm doch Quinche, der Präsident der Sektion, in seiner den Unternehmern am 4. Dezember zugesandten Lohntabelle die Löhne vom Anfang der 1850er Jahre – einer Zeit der Hochkonjunktur – zur Grundlage<sup>189</sup>.

Der Kleine Rat überwies die Eingabe dem Handelskollegium mit dem Auftrag, eine Verständigung zwischen den beiden Parteien zustande zu bringen<sup>190</sup>. Die Unternehmerschaft war jedoch nicht bereit, kollektiv mit dem I.A.V. oder dessen Posamentersektion zu verhandeln; wenn Besprechungen stattfinden sollten, dann nur direkt mit der gesamten Arbeiterschaft der jeweiligen Fabrik. Drohungen der sich ihrer Stärke immer mehr bewußt werdenden

<sup>187</sup> Sarasinsches F.A.; Arbeiter, 28. Nov. 1868. Die Sch.H.Ztg. analysierte am 24. Nov. die Eingabe der Bandwebersektion mit viel Wohlwollen, lehnte aber die Forderung einseitig zusammengesetzter Aufsichtskommissionen in den Fabriken scharf ab.

<sup>188</sup> S.P., B 3, 1: Prot. vom 31. Okt. 1868.

<sup>189</sup> Sarasinsches F.A.

<sup>190</sup> Prot. d. Kl. R. 1868, Prot. vom 21. Nov. 1868.

Arbeiterschaft mit kollektiver Arbeitseinstellung bei der Entlassung eines Internationalen in der Bandfabrik Fiechter machten die sofort eingeleiteten Verhandlungen des Handelskollegiums nicht leichter<sup>191</sup>. Die Aufnahme zweier Frauensektionen (Basel und Birsfelden, beide fast ausschließlich Posamenterinnen umfassend) in den I.A.V. verstärkte das irrationale Element in der Bewegung<sup>192</sup>.

Eine letzte Möglichkeit, diese in gesetzmäßigen Bahnen zu behalten, bot die auf Ende November/Anfang Dezember angesetzten Großratswahlen. Der I.A.V. beschränkte sich nicht darauf, ihm genehme freisinnige Kandidaten zu unterstützen, wie dies seit Jahren Tradition des «Grütlivereins» war, sondern stellte drei eigene Kandidaten auf, womit er die erste selbständige politische Aktion der Basler Arbeiterschaft einleitete. Während bei sehr geringer Wahlbeteiligung (10%–30%) Collin-Bernoulli im ersten Wahlkollegium eindeutig und Rudolf Starke im vierten und fünften Wahlkollegium knapp unterlagen, wurde J. H. Frey am 29. November im Riehenquartier im dritten Wahlgang mit 93 von 178 gültigen Stimmen zum ersten Arbeiter-Großrat Basels gewählt<sup>193</sup>. Die Schneidersektion lieferte dem unscheinbaren Posamenter, dessen Wahl weit über die Grenzen der Stadt hinaus Aufsehen erregte, den schwarzen Anzug, dessen er reglementsgemäß für den Besuch der Großratssitzungen bedurfte<sup>194</sup>. Der Einzug des Präsidenten der Basler Internationalen in die traditionsreiche kantonale Legislative wurde noch am Wahltag von seinen Gesinnungsgenossen begeistert gefeiert. Der Gesangverein des I.A.V. brachte dem neuen Großrat ein Ständchen dar, worauf dieser einige kernige Worte an die Versammelten richtete. Ein Student, der ihn mit dem Rufe «abe mit em» unterbrechen wollte, wurde – in der Formulierung des «Demokraten» – von einer Angehörigen der «Weibersektion» mit Fäusten «über den Begriff der Redefreiheit aufgeklärt<sup>195</sup>.»

Nationalrat Klein knüpfte in seinem «Die Wahl im Riehenquartier» betitelten Wahlkommentar vom 1. Dezember große Hoffnungen an den Einzug der Arbeiterschaft in das Rathaus, schloß seine Ausführungen aber mit einer Warnung an die Basler Internationalen: «Mögen sie nicht vergessen, daß sie die Sympa-

<sup>191</sup> S.P., B I: passim.

<sup>192</sup> Briefwechsel, 24. Nov. 1868; S.P., B 3,1: Prot. vom 26. Nov. 1868; Arbeiter, 28. Nov. 1868.

<sup>193</sup> Sch.Vfr., 28. Nov. bis 2. Dez. 1868.

<sup>194</sup> Eugen Wullschleger, Versuch einer Wahlchronik der Basler Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie, in: «Basler Vorwärts» (Organ der S. P.), 27./28. Februar 1902.

<sup>195</sup> Demokrat, 3. Dez. 1868.

thien eines Teils unserer Bevölkerung so lange für sich haben, als sie mit Ruhe und Mäßigung gerechte Ziele verfolgen, daß sie aber wohl bald allein stehen würden, wenn sie sich verleiten lassen sollten, mit Überheblichkeit und Leidenschaftlichkeit aufzutreten<sup>196</sup>.» Die Leidenschaften waren aber auf beiden Seiten schon zu stark angewachsen und Frey eine zu wenig kraftvolle und erfahrene Führerpersönlichkeit, als daß der parlamentarische Weg noch Aussicht auf Erfolg geboten hätte. Der Versuch vieler Arbeitgeber, ihre dem I.A.V. angehörenden Arbeiter an der Ausübung ihres Wahlrechts zu hindern, erhöhte die gereizte Stimmung<sup>197</sup>. Nicht weniger erbitterte die Arbeiterschaft der von verschiedenen Lebensmittelgeschäften erneut durchgeführte Kreditenzug gegenüber Internationalen, um so mehr als die meisten kein Hehl daraus machten, daß sie von den Unternehmern dazu aufgefordert worden seien. Die Mahnung Beckers in einem im «Arbeiter» abgedruckten Brief vom 24. November, Gewaltmaßnahmen seien dem ins Auge gefaßten Ziel nur schädlich, man sei in der Saatzeit, greife aber erst in der Erntezeit zur Sichel, verhalte bei den radikalsten Elementen der Arbeiterschaft ungehört<sup>198</sup>.

Die Schritte des Handelskollegiums im Hinblick auf Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Posamentern hatten sich zunächst auf Kontaktnahmen zwischen seinem Präsidenten, Ratsherr Alphons Koechlin, und dem Präsidenten der Bandweberkommission, Louis Quinche, beschränkt; die Einstellung der Fabrikanten mußte den Mitgliedern des Handelskollegiums bekannt sein. Der Beginn der Wintersession des Ständerates hielt Koechlin in den nächsten Wochen von Basel fern, wodurch sich die Unterhandlungen verzögerten. Die Bandweber fingen an, ungeduldig zu werden, und veranlaßten den Vorstand des I.A.V., sich am 4. Dezember an die Regierung zu wenden mit der Bitte, die Verhandlungen auch in Abwesenheit des Präsidenten des Handelskollegiums fortzusetzen<sup>199</sup>. Ein partieller Zigarrenarbeiterausstand am Vortage ließ ahnen, welchen Grad der Gärungszustand in der Arbeiterschaft

<sup>196</sup> Sch.Vfr., 1. Dez. 1868.

<sup>197</sup> Ibidem, gl. Dat.; Arbeiter, 5. Dez. 1868. Die Wahlen – mit Ausnahme derjenigen des Riehenquartiers – fanden an Wochentagen statt. Wären auch jene des vierten und fünften Wahlkreises am Sonntag abgehalten worden, so wäre mit großer Wahrscheinlichkeit auch der knapp unterlegene Starke gewählt worden. Nach den vorliegenden Berichten hätten einzelne Handwerksmeister ihre dem I.A.V. angehörenden Gesellen mit Brachialgewalt an der Ausübung ihrer Bürgerpflichten verhindert.

<sup>198</sup> Arbeiter, 5. Dez. 1868.

<sup>199</sup> Prot. d. Kl. R. vom 5. Dez. 1868; W. A. Basel, Handschr. 66, Arbeiterbewegung.

bereits erreicht hatte<sup>200</sup>; das Handelskollegium wurde denn auch instruiert, seine Bemühungen zu intensivieren. Welche Schwierigkeiten dabei zu überwinden waren, geht aus einem in Fragmenten erhaltenen Briefwechsel verschiedener Fabrikanten, größtenteils mit dem in Bern weilenden Koechlin, hervor<sup>201</sup>. W. Bischoff vertrat die Meinung aller, wenn er am 9. Dezember schrieb: «Was die Unterredung im Beisein der Fabrikanten betrifft, so bin ich für meine Person der Ansicht, daß nichts Gutes dabei herauskommen würde, wenn wir Fabrikanten uns mit einem Ausschuß von Arbeitern, der am Schweif der Internationalen hängt, in irgend welche Erörterung einlassen würden.» Gegen den von den Posamentern geforderten einheitlichen Lohntarif konnte er wirtschaftliche Gründe geltend machen: die unterschiedliche Qualität der Rohstoffe, die Güte der Zettel und des Stuhles, der Unterschied zwischen maschineller Produktion und Handarbeit. Weniger der Einsicht in den Mechanismus der Wirtschaft als dem Affekt entstammten dagegen die Sätze: «Wenn die Arbeiter mit den Löhnen einer Fabrik nicht zufrieden sind, so sollen sie doch einer nach dem andern aufkünden und die Stühle leer stehen lassen; so wird die Fabrik gewiß von selbst gezwungen sein, mit den Löhnen herauf zu gehen.» Als später einzelne Internationale nach diesem Rezept vorgingen, konnte sich gerade Bischoff in Empörung nicht genug tun. Weniger intransigent verhielt sich Carl Sarasin, riet er doch Koechlin in einem Brief vom 8. Dezember an, mit den Verhandlungen so lange zuzuwarten, bis die verständigen Elemente unter den Bandwebern die Oberhand gewonnen haben würden.

Wie wenig die Fabrikanten die Schwierigkeit ihrer Lage einzusehen vermochten, geht daraus hervor, daß Bürgermeister C. F. Burckhardt Sarasin gegenüber die von den Arbeitgebern sehr schlecht aufgenommene «Einmischung» der Behörden verteidigen mußte. Es gehe darum, Schlimmeres zu verhüten; die Internationale stelle eine Macht dar, die offenbar von den Unternehmern stark unterschätzt werde. Im übrigen hätten die Fabrikanten von Kontaktnahmen mit dem I.A.V. nichts zu befürchten, gelte es doch nicht zu «verhandeln», sondern die Arbeiter zu «belehren». Diese Haltung zog Burckhardt später den Undank beider Parteien zu: Die «Harten» unter den Unternehmern warfen ihm schwächliche Nachgiebigkeit vor, die Internationalen sahen in ihm nicht den überparteilichen Magistraten, sondern den Vertreter der herrschenden Klasse.

<sup>200</sup> S.P., B 3, I.

<sup>201</sup> Schweizerisches Wirtschaftsarchiv [W. A.], Basel, Handschr. 66, Arbeiterbewegung.

Während die Posamenterschaft in steigender Erregung auf die von der Regierung in Aussicht gestellten Unterhandlungen wartete und die Unternehmerschaft durch neue Entlassungen von «Hetzern» noch Öl ins Feuer goß<sup>202</sup>, blieben die Führer des I.A.V. nicht untätig. Noch Ende November war in Oberwil eine neue Sektion entstanden; fast gleichzeitig gelang es nach langen Bemühungen endlich, im nahe gelegenen badischen Lörrach Fuß zu fassen und eine Sektion von 100 Mitgliedern zu gründen<sup>203</sup>. Eine von 200 Bandwebern aus dem obern Baselbiet besuchte Versammlung in Sissach vom 6. Dezember einigte sich auf eine Resolution, in welcher erneut die Solidarität der Arbeiter aus Stadt und Land hervorgehoben wurde<sup>204</sup>. Zu Ende der ersten Dezemberwoche unternahm Frey eine Fahrt nach Zürich, vermutlich um mit den dortigen Textilarbeitern Kontakt aufzunehmen und eine Koordinierung der Bestrebungen zu versuchen. Er fand aber den Boden dazu noch nicht bereit<sup>205</sup>.

Gegen Mitte Dezember überstürzten sich die Ereignisse. Als Samstag, den 12. Dezember, endlich die ungeduldig erwartete Verhandlung über die Eingabe der Bandweber stattfand, fanden die zwölf Vertreter der Posamentersektion wohl drei Mitglieder des Handelskollegiums, aber nur einen einzigen Fabrikanten, Carl Sarasin, im Rathaus vor. Die Unterredung endete mit einem völligen Mißerfolg. Nicht nur wurde den Arbeitern das Unangemessene ihrer Forderungen vor Augen geführt, sondern Sarasin betonte von neuem, daß die Unternehmer nicht bereit seien, mit dem I.A.V. zu unterhandeln<sup>206</sup>.

Mit dieser Auskunft mußten die Posamentervertreter vor ihre Auftraggeber treten. Hier wuchs die Empörung so sehr an, daß der Verwaltungsrat eine sofortige außerordentliche Sitzung einberufen mußte, um das Schlimmste zu verhindern. Dem Vorschlag, auf

<sup>202</sup> Ibidem.

<sup>203</sup> Arbeiter, 5. Dez. 1868. Die Sektion Lörrach wurde am 17. Dez. 1868 von einer lokalen Instanz verboten. Auf mannigfache Proteste hin schickte die badische Regierung einen Kommissär in besonderer Mission nach Lörrach, der nach viertägigem Aufenthalt und genauer Prüfung der Lage das Verbot aufhob. Vgl. Prot. d. Kl. R. vom 19. Dez. 1868 und Becker, p. 25. Die vom Karlsruher Archiv zweimal durch das Staatsarchiv Basel angeforderten Fotokopien über die Ereignisse im Winter 1868/69 trafen leider erst bei fortgeschrittener Drucklegung ein. Siehe den Nachtrag, S. 216.

<sup>204</sup> Arbeiter, 5. und 12. Dez. 1868; Demokrat, 3. und 10. Dez. 1868.

<sup>205</sup> Briefwechsel, 18. Dez. 1868; S.P., B1: Prot. vom 9. Dez. 1868.

<sup>206</sup> Prot. d. Kl. R. vom 16. Dez. 1868; W. A. Basel, Handschr. 66 Arbeiterbewegung, Brief des Amtsbürgermeisters vom 15. Dez. 1868, abends – höchst wahrscheinlich an Koechlin gerichtet; Vorbote, Dez. 1868, Arbeiter, 19. Dez. 1868; Becker, p. 9f.

den nächsten Tag, einen Sonntag, eine öffentliche Volksversammlung einzuberufen, trat Frey mit der Mahnung entgegen, die Fabrikanten noch ein letztes Mal um Verhandlungsbereitschaft zu bitten und im übrigen den Bericht aus Genf abzuwarten, das über die Zuspitzung der Lage informiert worden war. Schließlich drang der Vorschlag Starkes durch, den Fabrikanten ein Schreiben des Inhalts zukommen zu lassen, es sei auf das Zirkular der Sektion Bandweber vom 19. November noch keine genügende Antwort von seiten der Herren erfolgt; diese würden ersucht, bis Dienstag, den 15. Dezember, 13 Uhr, der Sektion Bandweber mitzuteilen, ob sie aufgrund des Entwurfs vom 19. November verhandlungsbereit seien<sup>207</sup>.

Dies war – mindestens in Absicht und Ton – ein Ultimatum. Die Vorgänge am folgenden Tag verliehen ihm den nötigen Nachdruck. Ohne Zusammenhang mit den letzten Vorgängen war auf Sonntag, den 13. Dezember, eine Generalversammlung aller Sektionen des I.A.V. in den «Augarten» einberufen worden. Der Andrang der Arbeitermassen überraschte selbst die Optimisten unter den Vorstandsmitgliedern. Sämtliche Räume und der Garten waren bereits bis zum letzten Platz besetzt, als noch die Färbersektion mit 300 Mitgliedern anrückte. Die Sprecher mußten ihre Reden vom Balkon des Restaurants aus an die Versammelten richten. Der erregten Stimmung unter den Arbeitern entsprach die Schwüle in der Stadt. In der Bevölkerung, die nur andeutungsweise über das Geschehen informiert war, wuchs das Gefühl, daß die soziale Revolution bevorstehe. Unter den Arbeitern wurden Drohungen laut; erregte Frauen verkündeten, die Zeiten der Apostel würden wieder zurückkehren, wo es keine Unterschiede zwischen mein und dein gegeben habe; selbst die Führer drohten mit allgemeiner Arbeitseinstellung, falls das Ultimatum keine befriedigende Antwort finden sollte.

Am Abend versammelte sich der Verwaltungsrat des I.A.V. von neuem. Unerwartet erschienen die zwei Mitglieder des Handelskollegiums Emanuel Zaeslin und Vincenz Salis, angeblich in inoffizieller Mission, in der Sitzung. Sogleich nach Beendigung der Augartenversammlung hatten sich einige Mitglieder der Bandweberkommission an sie gewandt, um unter Vermittlung des Amtsbürgermeisters doch noch eine Zusammenkunft mit den Fabrikanten zustande zu bringen. Die beiden anerbieten sich, zur friedlichen Beilegung der Sache ihr möglichstes zu tun, erklärten jedoch des bestimmtesten, daß dabei der I.A.V. als Verhandlungspartner

<sup>207</sup> S.P., B 3,1: Prot. vom 12. Dez. 1868.

zurückstehen müsse, da die Unternehmer sich kategorisch weigerten, mit Internationalen an den Verhandlungstisch zu sitzen. Der Vorstand, der es nicht zum Äußersten kommen lassen wollte, erklärte sich schließlich – wie in der DeBary-Angelegenheit – dazu bereit, vorausgesetzt, daß greifbare Ergebnisse erzielt würden, stellte aber die Bedingung, daß die gemäßregelten Internationalen von ihren Arbeitgebern wieder eingestellt werden müßten<sup>208</sup>.

Schon am Morgen des folgenden Tages, des 14. Dezembers, suchten die beiden in Abwesenheit ihres Präsidenten aus eigener Initiative handelnden Mitglieder des Handelskollegiums den Amtsbürgermeister auf und informierten ihn über die Lage. Burckhardt nahm sogleich Verhandlungen mit einer Reihe der namhaftesten Bandfabrikanten auf. Während Carl Sarasin sich erneut zu Verhandlungen bereit erklärte, wiesen W. Bischoff, C. Vischer und A. DeBary solche einmal mehr energisch von der Hand, ließen dann aber am Abend das Regierungsoberhaupt durch Sarasin, der sie offenbar bearbeitet hatte, wissen, sie würden zu einer Besprechung mit den beiden Delegierten des Handelskollegiums erscheinen<sup>209</sup>. Während eine Gruppe der Posamenterschaft, worunter viele Frauen, sich abends vor der Wirtschaft Starkes erneut durch Drohungen Luft machte<sup>210</sup>, beschloß der Verwaltungsrat, ein Teil seiner Mitglieder habe von nun an in Permanenz zu tagen<sup>211</sup>. Noch war die Frage, ob es zum Ausbruch des Klassenkampfes kommen werde, völlig offen.

Über die Verhandlungsbereitschaft führender Bandfabrikanten ins Bild gesetzt, verzichtete der I.A.V. auf die Einhaltung der ultimativen Frist. Kurz nach der für die Antwort geforderten Zeit, Dienstag frühnachmittags, fanden die Verhandlungen in der Privatwohnung des Bürgermeisters statt. Außer Burckhardt hatten sich die zwei bereits bekannten Mitglieder des Handelskollegiums und sechs Fabrikanten eingefunden. Der Ernst der Lage konnte diesmal auch den Intransigentesten unter den Fabrikanten nicht mehr verborgen bleiben, verkündete der Bürgermeister doch, es verlaute gerüchtweise, 3000 Internationale würden noch diesen Nachmittag vor dem Rathaus aufmarschieren, um die Antwort des Handelskollegiums einzuholen. Die Besprechung dauerte drei Stunden. Es war das Verdienst der Sozialgesinnten unter den Anwesenden – Burckhardt, Carl Sarasin, Salis und Zaeslin –, wenn schließlich

<sup>208</sup> Vgl. Anmerkung 206.

<sup>209</sup> Brief des Amtsbürgermeisters vom 15. Dez. 1868 abends (vgl. Anm. 143).

<sup>210</sup> Nachlaß C. F. Burckhardt, Handschriftliche Notizen des Staatsschreibers vom 23. Dez. 1868.

<sup>211</sup> S.P., B I: Prot. vom 14. Dez. 1868.

die unnachgiebige Haltung der Mehrzahl der Fabrikanten überwunden werden konnte, wobei Zaeslins Hinweis, es wäre menschlich unverantwortlich, die verblendeten Posamenter ins Unglück zu stürzen, den Ausschlag gegeben zu haben scheint. Man einigte sich schließlich auf eine Antwort, wonach die Fabrikanten geneigt seien, den Wunsch nach einem Fabrikgesetz zu unterstützen und die damit verbundene amtliche Genehmigung der Fabrikordnungen anzunehmen. Dazu traten weitere kleine Zugeständnisse, vor allem in bezug auf den Lohn und auf früheren Arbeitsschluß für die verheirateten Arbeiterinnen. Eine Aufsichtskommission wurde akzeptiert, sofern darin beide Partner des Arbeitsvertrages vertreten waren. Als Gegenleistung forderten die Unternehmer die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit bei der Firma Linder, wo als Auftakt zu den nachmittäglichen Verhandlungen 70 Posamenter am Mittag in Ausstand getreten waren. Drei Fabrikanten stellten sich für weitere Verhandlungen zur Verfügung. «Das alles», schrieb der Amtsbürgermeister noch am selben Abend dem Basler Ständerat und Vorsitzenden des Handelskollegiums nach Bern, «ist ein schwaches Gebäude. Aber man wendet, wenn es zum Äußersten kommen sollte, den Vorwurf von sich ab, man habe nicht die letzte Hand zur Beruhigung geboten<sup>212</sup>.»

Für den unvoreingenommenen Betrachter unterliegt es keinem Zweifel, daß die Bandfabrikanten mit diesen Konzessionen eine für die Posamenterschaft annehmbare Verhandlungsbasis schufen. Es erwies sich aber, daß das Abrücken von der bisherigen starren Haltung zu spät erfolgt war. Nicht zuletzt der Präsident des I.A.V., Großrat Frey, muß Schlimmes geahnt haben, hatte er sich doch bereits am Morgen dieses schicksalhaften 15. Dezembers zum Amtsbürgermeister begeben und ihm gestanden, er werde der erhitzten Gemüter nicht mehr Meister, die Regierung möge ihm beistehen<sup>213</sup>. Nicht nur die Bandweber, auch die Färber, Mechaniker und Zentralbahnarbeiter seien zum Streik «geladen». Burckhardt ließ es – nach seinen eigenen Worten – nicht an einer Kopfwaschung fehlen, hatte aber, wie er Koechlin schrieb, das Gefühl, Frey habe nicht alles kapiert, was er ihm gesagt habe. Eines aber scheint er begriffen zu haben: daß ihn der Bürgermeister für alles Kommende persönlich verantwortlich machte. Als nämlich Zaeslin frühabends mit dem Verhandlungsbericht im Versammlungslokal des I.A.V. erschien, schob Frey die Verantwortung für die Antwort auf die Posamentersektion ab, nicht ohne vorher deren Präsidenten,

<sup>212</sup> Vgl. Anmerkung 209.

<sup>213</sup> Ibidem.

<sup>214</sup> S.P., B I: Prot. vom 15. Dez. 1868.



Quinche, inständig ermahnt zu haben, die Arbeiter zur Ruhe zu bringen<sup>214</sup>.

Die Bandweberkommission, aus den besonnensten Elementen der internationalen Posamenterschaft zusammengesetzt, glaubte, in dem Bericht Anhaltspunkte zu weiteren Unterhandlungen mit noch günstigeren Ergebnissen zu finden, und empfahl den sich am Abend erneut im «Augarten» versammelnden Bandarbeitern die Annahme. Sie fand aber bei diesen kein Gehör. Es wurden wilde Reden geführt, wobei nicht mehr von Arbeitszeit und Löhnen, sondern vom Teilen die Rede war. Zaeslin und Salis, die Zeugen der turbulenten Szenen waren, informierten sogleich den Bürgermeister.

Unterdessen war die Bürgerschaft die Beute wildester Gerüchte geworden. Nicht wenig trugen dazu die Internationalen selber bei. So hatte Präsident Frey dem Bürgermeister eine Mitgliederzahl des I.A.V. von 7000 angegeben, sei es, um damit aufzutrompfen, sei es, weil ihm einmal mehr jegliche Übersicht fehlte<sup>215</sup>. In Wirklichkeit muß sich die Mitgliederzahl der Vereinigung Mitte Dezember zwischen 2000 und 2500 bewegt haben. Ein Anonymus meldete dem Bürgermeister, er habe aus dem Munde eines redseligen Internationalen erfahren, «es hätte bereits am St.-Jakobs-Tag losgehen sollen», doch sei das Losschlagen durch einen Judas verhindert worden. Der Verein zähle gegenwärtig 10 000 Männer und 3500 Frauen. Er werde unterstützt von einem reichen Juden in London – gemeint war zweifellos der seit Jahren um seinen Lebensunterhalt kämpfende Karl Marx –, welcher von den Arbeitern als Messias bezeichnet werde<sup>216</sup>. Tatsächlich zirkulierten sowohl bei der internationalen Arbeiterschaft wie in der übrigen Bevölkerung die unsinnigsten Gerüchte über die finanziellen Mittel der I.A.A. Frey selber hatte im Verlaufe seines Gesprächs mit dem Amtsbürgermeister darauf hingewiesen, daß im Falle eines allgemeinen Streiks beträchtliche Hilfgelder aus der Londoner Zentralkasse zur Verfügung ständen<sup>217</sup>. Einige Wochen später berichtete der «Demokrat», die Arbeiter sprächen davon, daß Fr. 200 000.– als Unterstützungsgelder in London bereit seien; niemand konnte aber sagen, woher

<sup>215</sup> Über die legendenhaften Angaben bezüglich der Mitgliederzahl der I.A.A. vgl. Braunthal, p. 121 ff. Es ist offensichtlich, daß nicht nur in Basel, sondern in ganz Europa Angehörige und Gegner der I.A.A. deren numerische Stärke weit überschätzten und oft in guten Treuen phantastische Zahlen nannten.

<sup>216</sup> Nachlaß C. F. Burckhardt, Anonymer Brief an diesen vom 18. Dez. 1868.

<sup>217</sup> St.A.B., Handel und Gewerbe, AA 10, Brief des Amtsbürgermeisters an den zweiten Bürgermeister vom 16. Dez. 1868. «Die Arbeiter sollen von auswärts 63 000 Franken erhalten haben», berichtete der auf Kundschaft ausgeschickte Polizeifeldweibel Birkenmeyer seinem Auftraggeber, Oberamtman v. Preen, in jenen Tagen nach Lörrach.

ihm diese Behauptung gekommen sei<sup>218</sup>. Kann es da verwundern daß einzelne «Kronprinzen von Fabrikdynastien» sich nach Genf oder gar nach London begaben, um Näheres über die Stärke der I.A.A. zu erfahren<sup>219</sup>; daß viele Fabrikanten sich nur noch mit geladenem Revolver zu Bette begaben, der Kreiszolldirektor amtlich anfragen ließ, ob seine persönliche Sicherheit noch gewährleistet sei und verschiedene Bankiers eine Sicherstellung von Wertpapieren ins Auge faßten<sup>220</sup>?

Die Regierung durfte die Dinge nicht mehr treiben lassen. Am 16. Dezember berichtete der Amtsbürgermeister im Kleinen Rat über die bisher unternommenen Schritte und die Stimmung in der Arbeiterschaft und der übrigen Bevölkerung. Es war seiner Besonnenheit und derjenigen des freisinnigen Obersten Bachofen zu verdanken – Klein war wegen der Nationalratssession nicht zugegen –, daß nicht alle wilden Gerüchte für bare Münze genommen wurden. Indes war der Kleine Rat einhellig der Auffassung, die Behörden dürften dem sich abzeichnenden Klassenkampf gegenüber nicht gleichgültig bleiben. Von provozierenden, vor allem militärischen Maßnahmen wurde bewußt abgesehen. Das Staatskollegium erhielt den Auftrag, in Verbindung mit den beiden Mitgliedern des Militärkollegiums im Kleinen Rat eine öffentliche Kundgebung der Behörden auszuarbeiten, um die Internationalen vor unbedachten Schritten zurückzuhalten und die diesen abgeneigte Bevölkerung zu beruhigen und zu sammeln<sup>221</sup>.

Das Staatskollegium trat sofort nach Beendigung der Kleinrats-sitzung zusammen. Der Staatsschreiber wurde mit der Ausarbeitung des Entwurfs der geplanten Proklamation beauftragt. Nachdem dieser von den beiden Bürgermeistern durchgesehen und leicht abgeändert worden war, wurde er noch am selben Tag in Druck gegeben und abends öffentlich angeschlagen; am nächsten Tag erschien die Vernehmlassung der Regierung in den Tageszeitungen<sup>222</sup>.

<sup>218</sup> Demokrat, 6. Febr. 1869. Über die phantastischen Gerüchte betreffend die Finanzen der I.A.A. vgl. Braunthal, p. 122 ff. Nach «zuverlässigen» Auskünften glaubte General Friedrich von Bernhardt, London könne über einen Barfonds von über 5 000 000 Pfund Sterling verfügen. In Wirklichkeit vermochte der Generalrat kaum die Miete für die Bürolokalitäten zu zahlen und seinen Generalsekretär zu besolden. Marx teilte dem Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 24. März 1870 mit, die Finanzen des Generalrats seien unter dem Nullpunkt, wachsende negative Größen.

<sup>219</sup> Arbeiter, 19. Dez. 1868.

<sup>220</sup> Vgl. Anmerkung 210.

<sup>221</sup> Prot. d. Kl. R. vom 16. Dez. 1868; Brief des Amtsbürgermeisters an den zweiten Bürgermeister vom 16. Dez. 1868, vgl. Anmerkung 217.

<sup>222</sup> St.A.B., C 2,7. Prot. d. Staatskollegiums vom 16. Dez. 1868.

Die Proklamation warnte die Arbeiterschaft in väterlich-ernsten Worten davor, sich verhetzen und zu ungesetzlichen Schritten hinreißen zu lassen. Da eine unter ausländischer Leitung stehende Organisation sich drohend in die Basler Verhältnisse hineinstelle, müßten im voraus gegen allfällige unheilvolle Vorkommnisse Maßregeln getroffen werden. Alle Freunde der Ordnung sollten sich beim ersten Alarmzeichen in Zivil an bestimmten Orten jedes Quartiers einstellen und sich unter das Kommando von namentlich aufgeführten Obersten stellen<sup>223</sup>. Diese erhielten die Instruktion, taktvoll vorzugehen und jegliche Provokation zu vermeiden<sup>224</sup>. Eine Bundesintervention wurde nicht in Aussicht genommen, doch war der Bundesrat nach der entscheidenden Kleinratssitzung für alle Fälle über die ins Auge gefaßten Maßnahmen in Kenntnis gesetzt worden<sup>225</sup>.

Die Proklamation wirkte, wenigstens bei den Arbeitern, alles weniger als beruhigend. Die Arbeit bei der Firma Linder wurde provokativ zögernd aufgenommen. In den Fabriken und abends erneut im «Augarten» machten sich die Internationalen durch Drohungen Luft. Der Verwaltungsrat verhielt sich – in Erwartung eines Berichts aus Genf – abwartend, gelangte aber durch den «Volksfreund» mit einem Aufruf an die Mitglieder des I.A.V., durch Ruhe und Besonnenheit die wilden Gerüchte zu widerlegen; zugleich rief er ihnen den Beschluß vom 14. Dezember in Erinnerung, wonach willkürliche Arbeitsniederlegungen nicht gestattet seien und nicht auf die Unterstützung durch die I.A.A. rechnen dürften<sup>226</sup>. Während die Mehrzahl der Bevölkerung die Maßnahmen der Regierung begrüßte, wie zahlreiche Dankesadressen bezeugen<sup>227</sup>, wurde deren Opportunität von den freisinnigen Zeitungen ernstlich in Frage gestellt. Sogar die «Schweizerische Handelszeitung» erklärte am 19. Dezember, die Regierungsproklamation töne viel zu ernst, man tue dem I.A.V. zu viel Ehre an.

Stärksten Eindruck hatten die Nachrichten aus Basel in Genf gemacht. Ein Telegramm des Zentralkomitees verkündete mit Bezug auf das von Frey als Provokation dargestellte Vorgehen der Regierung: «Basel ist jetzt Genf, und Genf ist Basel; Alles ist ein Herz und ein Sinn<sup>228</sup>». Eine große Volksversammlung vom 20. Dezem-

<sup>223</sup> St.A.B., Handel und Gewerbe, AA 10, Proklamation von Bürgermeister und Rat vom 16. Dez. 1868.

<sup>224</sup> Ibidem, Instruktion für die Bevollmächtigten in den Quartieren, Kriegskommissariat, ohne Datum und Unterschrift.

<sup>225</sup> Vgl. Anmerkung 217.

<sup>226</sup> Sch.Vfr., 17. Dez. 1868.

<sup>227</sup> St.A.B., Handel und Gewerbe, AA 10.

<sup>228</sup> Briefwechsel, 18. Dez. 1868; Verbote, Dezember 1868; Becker, p. 12.

ber erklärte sich mit den Basler Brüdern solidarisch<sup>229</sup>. Am selben Tage schrieb die «Suisse Radicale» unter dem Titel «Affaires de Bâle»: «Le fantôme du communisme est exhumé, et des correspondants complaisants l'agitent dans les journaux de la réaction... Le gouvernement gothique de Bâle, une marionnette aux mains de l'aristocratie de la cité, a cru être encore au 15<sup>e</sup> et 16<sup>e</sup> siècles; il a résolu perfidement de provoquer le peuple dans la rue, afin d'avoir l'occasion de l'écraser par les troupes de la confédération.» Am 21. Dezember benachrichtigte Becker den Generalrat in London über den Konflikt; am 22. Dezember erließ das deutschsprachige Zentralkomitee einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder und forderte sie zu kraftvoller Unterstützung der Basler Genossen auf<sup>230</sup>.

Indessen hatten sich die Führer des I.A.V. aber nicht nur an die auswärtigen Gesinnungsgenossen gewandt, sondern die Proklamation der Regierung mit einer eigenen gedruckten Vernehmlassung beantwortet, in welcher sie – unter dem Datum des 18. Dezembers – die Bürgerschaft über die Ziele und den Aufbau der Vereinigung aufklärten. Sie bestritten energisch, unter auswärtiger Führung zu stehen; zugleich richteten sie einen neuen Appell an die Mitglieder des I.A.V., sich nicht provozieren zu lassen und sich des gesetzlichen Weges zur Verwirklichung ihrer Anliegen zu bedienen<sup>231</sup>.

Obwohl die Intervention der Regierung in den Arbeitskonflikt dieser sowohl von seiten intransigenter Fabrikanten als auch bei der aufgebrachten internationalen Arbeiterschaft nur Mißtrauen und Hohn eingebracht hatte, bemühten sich Amtsbürgermeister Burckhardt und die zwei schon mehrmals erwähnten initiativen Mitglieder des Handelskollegiums unablässig, den Faden der Verhandlungen nicht abreißen zu lassen. Sie konnten dabei auf die Unterstützung und Verständigungsbereitschaft sowohl des aufgeschlossenen Unternehmers Carl Sarasin wie der von Quinche geführten Bandweberkommission zählen. Eine gedruckte Adresse Zaeslins und Salis' vom 18. Dezember an die Kommission des Bandwebervereins stellte das Einverständnis von sechs Bandfabrikanten mit dem geforderten Fabrikgesetz und amtlicher Genehmigung der Fabrikordnungen in Aussicht, vorausgesetzt, daß die Arbeiter von der zwangsweisen Einführung von Lohn Tabellen und der einseitigen Zusammenstellung der Aufsichtskommissionen absehen würden. Dafür sei die Unternehmerschaft bereit, in neue Verhandlungen einzutreten und Verbesserungen der Arbeitsbedingun-

<sup>229</sup> Becker, p. 12f.

<sup>230</sup> Ibidem, p. 13.

<sup>231</sup> Nachlaß C. F. Burckhardt.

gen ins Auge zu fassen<sup>232</sup>. Ein ebenfalls gedruckter Aufruf der Bandweberkommission vom gleichen Tag an die Posamenterschaft teilte dieser die Zugeständnisse mit und forderte sie auf, die Arbeit, wo sie eingestellt war, wieder aufzunehmen und das Ergebnis der kommenden Verhandlungen abzuwarten<sup>233</sup>.

Inzwischen hatte aber die spätestens anlässlich des Binninger Tages vom 9. August 1868 eingeleitete Bewegung um bessere Arbeitsbedingungen auch andere Berufszweige ergriffen. Am 19. Dezember wandten sich die Seidenfärber mit einer 14-Punkte-Forderung an die Fabrikanten<sup>234</sup>. Wenn sie auf die anstößigen einseitigen Fabrikkommissionen verzichtete, so ging sie doch weit über die Begehren der Bandweber hinaus. Obschon die Färber zu den bestbezahlten Arbeitern gehörten und auch in den letzten Jahren noch auf einen durchschnittlichen Wochenlohn von 18 Franken gekommen waren, verlangten sie beträchtliche Lohnerhöhungen, unter anderem einen minimalen Tageslohn von 3 Franken für ungelernete und Fr. 4.50 für gelernte Arbeiter, unter Beibehaltung des bisher üblichen Maßes Wein. Im Rahmen des heute Selbstverständlichen hielten sich die Forderungen nach Auszahlung des vollen beziehungsweise halben Lohnes bei Militärdienst und Krankheit sowie nach ungehinderter Ausübung der staatsbürgerlichen Pflichten ohne Lohnabzug, wenn die Wahlen auf Werkstage fielen. Der Wunsch nach humaner Behandlung bezog sich in den meisten Fällen wohl weniger auf die Fabrikbesitzer als auf die unteren Vorgesetzten, über welche auch in späteren Zeiten von der Arbeiterschaft noch häufig Klage geführt wurde. In mehr als einer Beziehung fragwürdig war das Begehren, die maschinelle Arbeit möge während schlechten Geschäftsganges durch die Handarbeit ersetzt werden. Naiv berührt auch die Forderung, das Blauenmachen solle fortan von der Färbersektion des I.A.V. geahndet werden. Völlig utopisch – innerhalb der damaligen Wirtschaftsordnung – war aber das Ansinnen, der Fabrikant habe bei Unfall oder Todesfall des Arbeiters voll für den Invaliden und seine Familie beziehungsweise für die Witwe und die Waisen des Verstorbenen aufzukommen.

War es verständlich, daß die Färbermeister den Vorschlag der Färbersektion als Verhandlungsgrundlage ablehnten, so mußte der Ton der Antwort bei den Betroffenen böses Blut schaffen. Nach kurzen Besprechungen am 22. Dezember verpflichteten sich die Färbereibesitzer am folgenden Tage durch ein schriftliches Abkom-

<sup>232</sup> St.A.B., Handel und Gewerbe, AA 10.

<sup>233</sup> Ibidem.

<sup>234</sup> Nachlaß C. F. Burckhardt; Arbeiter, 26. Dez. 1868.

men, unter keinen Umständen in Verhandlungen mit einer internationalen Sektion einzutreten und wegen Hetzen und Stöbigkeit entlassene Internationale nicht anderweitig einzustellen<sup>235</sup>. Der Besitzer des größten Unternehmens, Clavel, erklärte, er sei bereit, mit seinen Arbeitern, ungeachtet ihrer Vereinszugehörigkeit, zu verhandeln, auf ein Gespräch mit der Sektion als solcher lasse er sich aber nicht ein. Die Arbeiter, die nahezu ausnahmslos dem I.A.V. angehörten, waren für solche subtile Unterscheidungen nicht zu haben, um so mehr als Clavel bei einer anderen Gelegenheit geäußert hatte, er werde erst verhandeln, wenn seine Arbeiter aus dem I.A.V. ausgetreten seien<sup>236</sup>. Einen ähnlichen Druck übten auch die meisten anderen Färbermeister aus; nur die Firma I. R. Geigy versuchte, durch Gratifikationen das Wohlwollen ihrer Arbeiter zu gewinnen, die zu sieben Achteln dem I.A.V. angehörten – sie wurde den andern Unternehmern denn auch vom «Arbeiter» als nachahmenswertes Beispiel hingestellt<sup>237</sup>.

Wenn der Amtsbürgermeister dem zweiten Bürgermeister am 19. Dezember geschrieben hatte, die Situation habe sich beruhigt, der I.A.V. sei angesichts der geschlossenen Haltung der Bürgerschaft zurückhaltender geworden und diese nicht mehr eine Beute abenteuerlichster Gerüchte, so hatte er sich mindestens in bezug auf die Internationalen getäuscht. Zwar wies ein Korrespondent der «Basler Nachrichten» mit vollem Recht die Behauptung weiter Kreise zurück, die Basler Internationalen seien kommunistisch infiltriert<sup>238</sup>. Die Brüsseler Kongreßbeschlüsse von 1868 waren den meisten unbekannt geblieben, und jene, die sie durch den «Arbeiter», den «Vorboten» oder die Vorträge des vergangenen Herbstes kennengelernt hatten, konnten wenig damit anfangen. Das Gefühl aber, daß es in der bisherigen Weise nicht mehr weitergehen könne und daß die Geduld ein Ende habe, war in der Basler Arbeiterschaft weit über die Kreise des I.A.V. verbreitet und drängte nach einem Ventil. Nicht nur die Färber waren zum Kampf bereit; auch bei den Mechanikern gärte es heftig, und die trotz den nicht abbrechenden Bemühungen Zaeslins und Salis' immer ungeduldiger werdenden Posamenter setzten Weihnachten als letzte Verhandlungsfrist, ansonst am 26. Dezember die mit knapper Not verhinderte Arbeitsausstellung doch noch durchgeführt würde<sup>239</sup>. Es war durchaus zutreffend, wenn die «Schweizerische Handelszeitung»

<sup>235</sup> Nachlaß C. F. Burckhardt.

<sup>236</sup> B.N., 23. Dez. 1868.

<sup>237</sup> Arbeiter, 19. Dez. 1868 und 9. Jan. 1869.

<sup>238</sup> B.N., 23. Dez. 1868.

<sup>239</sup> Vgl. Anmerkung 210

schrieb, man könnte in Basel meinen, Hannibal stehe mit einer Brüsseler, d. h. internationalen Armee ante portas<sup>240</sup>, und es fand sich in der Person eines Frauenfelder Obersten auch ein Scipio, der sich über Oberst Paravicini der Regierung als Truppenkommandant bei einer eventuellen eidgenössischen Intervention anbot – im Namen von Recht und Eigentum<sup>241</sup>. Hatte am 15. Dezember der Ausbruch des Klassenkampfes noch einmal aufgeschoben werden können, so spitzte sich auf Weihnachten die Situation erneut derart zu, daß das Schlimmste befürchtet werden mußte.

Obschon die Führer des I.A.V. – im Vertrauen auf die Hilfe der I.A.A. – bereit waren, den Kampf aufzunehmen, wenn er unausweichlich werden würde, versuchten sie doch das Äußerste, um der Bewegung im gesetzlichen Rahmen zum Siege zu verhelfen. Am 24. Dezember begaben sich Frey und Starke nach Bern und erwirkten eine anderthalbstündige Audienz bei Bundesrat Schenk, dem Vorsteher des Departements des Innern. Sie beschwerten sich über die für die Arbeiterschaft provozierende Kundgebung vom 16. Dezember und den damit verbundenen zivilen Belagerungszustand, noch mehr aber über die Forderung der Fabrikanten, die Arbeiter sollten aus dem I.A.V. austreten, was einen offenen Verstoß gegen die in der Bundesverfassung garantierte Vereinsfreiheit bedeute. Schenk wies darauf hin, daß der Bundesrat sich nicht in die Angelegenheit einmischen und nur Maßnahmen treffen werde, wenn Ruhe und Ordnung im Kanton Basel ernstlich gestört seien. Gegen eine Interessewahrung sowohl der Arbeiter wie der Arbeitgeber sei nichts einzuwenden. Es sei zu hoffen, daß – ähnlich wie in Genf – unter vollständiger Beiseitlassung der staatlichen Gewalt sich ein Interesseausgleich werde finden lassen<sup>242</sup>. Starke reiste noch am gleichen Tage nach Genf weiter, um das Zentralkomitee über die Sachlage zu informieren<sup>243</sup>.

<sup>240</sup> Sch.H.Ztg., 21. Dez. 1868.

<sup>241</sup> Nachlaß C. F. Burckhardt.

<sup>242</sup> Ibidem, Kopie eines Briefes von J. H. Frey an den Polizeidirektor vom 26. Dez. 1868; Briefentwurf (offensichtlich von Amtsbürgermeister C. F. Burckhardt) an Bundesrat Schenk vom 26. Dez. 1868; Antwortbrief von Bundesrat Schenk an den Amtsbürgermeister vom 28. Dez. 1868.

<sup>243</sup> Verbote, Januar 1869; Becker, p. 20. Die stark tendenziösen Berichte Beckers im «Vorboten» und in seiner Schrift über die Arbeiterbewegung in Basel während des Krisenwinters beruhen größtenteils auf der mündlichen Darstellung Starkes sowie auf Dokumenten, die dieser ihm bei seinem Genfer Besuch vorlegte, ferner auf den Briefen Freys und Starkes und auf den Berichten des «Arbeiters». Die hier vorgelegte Arbeit rechtfertigt sich nur schon dadurch, daß der einseitigen Darstellung Beckers eine unvoreingenommene entgegengestellt werden sollte.

Erneut wuchs die Bewegung den Führern über den Kopf. Becker hatte während der ganzen Krisenzeit nicht aufgehört, vor unbedachten Schritten zu warnen. Eine Arbeitseinstellung sei ein zweischneidiges Schwert, verschlinge viel Geld und mache das Elend nach einer Niederlage noch größer. Wichtig sei es, Einfluß auf die Gesetzgebung zu erhalten. Die gegenwärtigen Konflikte stellten nur Vorgeplänkel dar, der große Kampf müsse auf internationaler Ebene gleichzeitig ausbrechen. Die Mahnungen verhallten ungehört.

Die unmittelbare Vorgeschichte des Seidenfärberaufstands, des Höhepunkts der internationalen Arbeiterbewegung, ist nicht mehr eindeutig zu rekonstruieren. Offenbar erhoffte die Färbersektion, daß die Weihnachtstage die Unternehmer versöhnlicher stimmen würden. Da dies nicht der Fall war, ließ der Vorstand der Sektion durch seinen Präsidenten Steffen dem Färbermeister J. Häring, dem Vertreter der Fabrikanten, Samstag, den 26. Dezember, morgens um 9 Uhr ein Ultimatum zukommen, wonach die Färber die Arbeit einstellen würden, wenn der I.A.V. nicht innert drei Stunden als Verhandlungspartner anerkannt werde<sup>244</sup>. Diese Drohung muß bei den Färbereibesitzern die letzten Hemmungen beseitigt haben: Sie waren bereit, den Kampf aufzunehmen und die Initiative dazu zu ergreifen.

Noch im Verlaufe des Morgens wurde in allen Färberetablissemments die Weisung erteilt, die begonnene Arbeit schnellstens zu vollenden und keine neue mehr in Angriff zu nehmen; die Maschinen wurden abgestellt. Gegen Mittag wurden die Arbeiter jeder Fabrik zusammengerufen, und es wurde ihnen der Entschluß der vereinigten Färbermeister bekanntgegeben, weder mit einer internationalen Organisation zu verhandeln noch irgendwelche Konzessionen zu machen. Die Mitglieder des I.A.V. wurden ersucht, nachmittags den Lohn abzuholen<sup>245</sup>. Damit war die Organisation der Arbeitgeber jener der Arbeitnehmer zuvorgekommen: anstatt des angedrohten Streiks war die Aussperrung vollendete Tatsache.

Wenn die Unternehmer glaubten, mit diesem Vorgehen Zwiespalt unter den Arbeitern hervorzurufen, so ging ihre Rechnung nur teilweise auf: die Mehrheit der 200–300 Seidenfärber, die dem I.A.V. nicht angehörten, erklärte sich mit den 300 Mitgliedern der Färbersektion solidarisch und war bereit, den Lock-out der Internationalen mit der Arbeitseinstellung der gesamten Arbeiterschaft zu beantworten. Der offene Klassenkampf war Tatsache geworden.

<sup>244</sup> Nachlaß C. F. Burckhardt.

<sup>245</sup> Arbeiter, 2. Jan. 1869; Vorbote, Jan. 1869; Becker, p. 21.



Neben den Färbern schickten sich auch die Chemiewerker und die Mechaniker an, die Arbeit einzustellen<sup>246</sup>, und im «Volksfreund» meldete ein Vertreter der untern Angestelltenschaft an, daß auch diese Berufskategorie bei den ausgebrochenen Lohnkämpfen nicht leer auszugehen gedenke<sup>247</sup>. Sogleich wurden Telegramme nach Genf und London abgeschickt, um die zuständigen Instanzen der I.A.A. über das Vorgefallene in Kenntnis zu setzen<sup>248</sup>. Zugleich verlangte der Verwaltungsrat die schleunige Rückkehr Starkes aus Genf, der denn auch von den dortigen Genossen noch am selben Abend unter den brüderlichsten Beistandsversicherungen entlassen wurde und von den Genfer Sektionen als erste Unterstützungsgabe Fr. 395.– und vom dortigen «Deutschen Arbeiterbildungsverein» Fr. 128.– mit auf den Weg bekam<sup>249</sup>.

Samstag nachmittag erschienen nur wenige Färber wie gewöhnlich zur Arbeit. Die internationalen Färber und viele dem Verein bisher nicht angehörende Berufskollegen hielten Kriegsrat und begaben sich anschließend diszipliniert in ihre Fabriken, um den Lohn in Empfang zu nehmen<sup>250</sup>. Der I.A.V. stellte seinen ausgesperrten Mitgliedern die Vergütung des halben Wochenlohns in Aussicht, ohne allerdings über entsprechende Mittel zu verfügen; offenbar zählte man von Anfang an auf die versprochene Hilfe von auswärts.

Eine Ernüchterung stellte es für die Basler Internationalen dar, als Montag, den 28. Dezember, eine beträchtliche Anzahl jener nicht dem Verein angehörenden Färber, die sich am Samstag mit den Internationalen solidarisch erklärt hatten, die Arbeit wieder aufnahmen<sup>251</sup>. Eingedenk der Ermahnungen Beckers und des Verwaltungsrats, jegliche Provokation zu vermeiden, verzichtete die Färbersektion darauf, die Arbeitswilligen an der Wiederaufnahme der Arbeit zu verhindern, so daß der erste eigentliche Kampftag

<sup>246</sup> Int. Inst. f. Sozialgeschichte, Amsterdam, Nachlaß Jung, IX, 433, Brief Beckers an Jung vom 5. Jan. 1869 [Nachlaß Jung].

<sup>247</sup> Sch.Vfr., 28. Dez. 1868.

<sup>248</sup> Nachlaß Jung, Undatierter Brief Freys an Jung, auf dessen Rückseite Depeschen vom 25. und 26. Dez. 1868.

<sup>249</sup> Becker, p. 20.

<sup>250</sup> B.N., 28. Dez. 1868.

<sup>251</sup> Ibidem, 29. Dez. 1868. Die Anzahl der Ausgesperrten bzw. der Streikenden kann nicht mehr genau ermittelt werden. Die Behauptung der B.N. vom 29. Dezember, es hätten am 28. Dezember 250 Färber die Arbeit wieder aufgenommen, entspricht offensichtlich ebensowenig den Tatsachen wie jene der Internationalen, es seien 400–500 Arbeiter nicht mehr in den Fabriken erschienen. Schätzungsweise dürften am Montag knapp 400 Färber zwangsweise oder freiwillig gefeiert haben und rund 150 zur Arbeit angetreten sein.

verhältnismäßig ruhig verlief<sup>252</sup>. Dagegen versuchten beide Parteien, ihre Positionen zu verstärken.

Die Färberherren nahmen, wie rasch bekannt wurde, schon über das Wochenende Beziehungen mit Zürich, Lyon und St-Etienne auf, wo dieselbe Industrie zu Hause war; einerseits, um ihre Ware färben zu lassen, andererseits um Ersatz für die ausgesperrten und streikenden Arbeiter zu erhalten<sup>253</sup>. Diesem Vorhaben suchten die Internationalen unversäumt entgegenzuwirken. Während das Genfer Zentralkomitee mit den beiden französischen Sektionen Kontakt aufnahm, schickte die Färbersektion Basel eine Dreierdelegation nach Zürich, Thalwil und Horgen. Überall wurde ihr volle Solidarität zugesichert<sup>254</sup>. Wie gering aber solche Versprechungen zu veranschlagen waren, geht aus einer Notiz des «Volksfreunds» vom 31. Dezember hervor, die Arbeitseinstellung der Färber neige sich rasch ihrem Ende zu: die vielen Lyoner und Zürcher Arbeiter, die sich einverstanden erklärt hätten, in Basel zu arbeiten, hätten niederschlagend gewirkt; viele seien bereits wieder zur Arbeit zurückgekehrt. Noch aber war bei der Mehrzahl der internationalen Arbeiterschaft die Erregung nicht abgeklungen und der Kampfwille nicht erlahmt, so daß sich der I.A.V. veranlaßt sah, seinen Mitgliedern den Besuch öffentlicher Lokale am Silvesterabend zu untersagen, um nicht Anlaß zu Handgreiflichkeiten zu geben<sup>255</sup>.

Das neue Jahr begann unter bedenklichen Aspekten. Der I.A.V. hatte durch die Vorkommnisse der letzten Wochen erneut einen starken Zuwachs erhalten. War die Behauptung des «Demokraten» vom 2. Januar 1869, er zähle 10 000 Mitglieder in der Stadt und 3000 auf der Landschaft auch weit übertrieben, so dürfte die Meldung des «Vorboten» vom Januar 1869, die Vereinigung zähle jetzt 3000 Mitglieder, 500 Frauen nicht eingeschlossen, einigermaßen den Tatsachen entsprochen haben. Die Basler Sektion der I.A.A. wies zu Beginn des Jahres 1869 – auf ihrem Höhepunkt – 18 städtische Sektionen auf: jene der Bandweber, Färber, Mechaniker, Chemiearbeiter, Schneider, Schreiner, Maurer, Zigarrenmacher, Schuhmacher, Steinmetzen, Wagenbauer, Zimmerleute, Dienstmänner, Kutscher, den Aargauerverein, die Muttersektion und die beiden

<sup>252</sup> Sch.Vfr., 30. Dez. 1868.

<sup>253</sup> Ibidem, gleiches Datum; Vorbote, Januar 1869; Becker, p. 22. Nach der N.B.Ztg. vom 30. Dezember 1868 wären kurz nach dem Ausbruch des Färberkampfes Färbermeister aus Krefeld und St-Etienne in Basel eingetroffen, um den Fabrikanten Anerbietungen zu machen.

<sup>254</sup> Nachlaß Jung, Brief Beckers an Jung vom 5. Jan. 1869; Vorbote, Jan. 1869; Becker, p. 22 ff.

<sup>255</sup> Sch.Vfr., 31. Dez. 1868.

Frauensektionen<sup>256</sup>. Dazu kamen die landschaftlichen Sektionen, über welche allerdings von Ende 1868 an kaum mehr Berichte vorliegen, da die Führer des I.A.V. mit den städtischen Angelegenheiten gerade genug zu tun hatten.

Der Arbeitskampf fand auf drei Fronten statt: Während die Bewegung der Färber in vollem Gang war, stand jene der Mechaniker noch bevor; diejenige der Bandweber war eben zu einem erfolgreichen Abschluß gekommen.

Die seit der provisorischen Verständigung vom 18. Dezember weitergeführten Verhandlungen zwischen den Bandfabriken und den Posamentern hatten am 29. Dezember 1868 zu einer für die Arbeiter erträglichen, wenn auch lange nicht alle ihre Wünsche erfüllenden Einigung geführt. Es war aber ein schlechtes Omen für den zukünftigen Arbeitsfrieden in diesem Berufszweig, daß die Firma Gebrüder Bischoff in einer Presseerklärung bekanntgab, sie habe sich von Anfang an von allen Unterhandlungen mit dem I.A.V. distanziert<sup>257</sup>.

Die Mechanikersektion, der sich die Metallarbeiter und Spengler anschlossen, hatte am 28. Dezember den Unternehmern ein 26-Punkte-Programm unterbreitet<sup>258</sup>. Es zeichnete sich durch Mäßigung aus, wenn man nicht den Zehnstudentag als übertriebene Forderung bezeichnen wollte. Da die Arbeitgeber nicht das Geringste von sich hören ließen, bedurfte es verzweifelter Anstrengungen Freys und Starkes, die aufgebrachten Arbeiter vor unbedachten Schritten zurückzuhalten. Im Gegensatz zu den Bandwebern, deren Kommission sich während der ganzen Bewegung größter Zurückhaltung befleißigte, stellten hier die Sektionsführer die radikalsten Elemente dar.

Hatte in den letzten Dezembertagen die Bewegung gedroht, umfassende Ausmaße anzunehmen und sich zum eigentlichen sozialen Krieg zu entwickeln, so zeigte sich kurz nach Neujahr, daß es doch nicht zum blutigen Kampf kommen werde, welchen viele befürchteten und einige extreme Elemente auf beiden Seiten der Front erhofften. Zu einem Kampf bis aufs Äußerste waren beide Parteien zu wenig gerüstet und geschlossen. Die Unternehmer mußten damit rechnen, daß sie ihre Aufträge an die ausländische Konkur-

<sup>256</sup> S.P., B 1: Prot. vom 2. und 4. Jan. 1869.

<sup>257</sup> Sch.Vfr., 31. Dez. 1868.

<sup>258</sup> Nachlaß C. F. Burckhardt; N.B.Ztg., 1. Jan. 1869; Sch.H.Ztg., 9. Jan. 1869. Die letztgenannte Zeitung bezeichnete die Forderung als unvernünftig und fügte bei, wenn die I.A.A. alles ruiniert haben werde, könne sie ein Denkmal aufrichten mit den Worten: *Victrix Internationalia memoriae Helvetiorum industriae.*

renz verlören, den Arbeitern fehlte es nicht nur an finanziellen Mitteln, sondern vor allem an der unbedingten Solidarität. So bekam auf beiden Seiten die Vernunft die Oberhand. Die Folge war die Beendigung des Färberkonflikts.

Besprechungen zwischen den Färbereibesitzern und Arbeiterdelegierten vom Samstag, dem 2. Januar, wurden von diesen als Zusicherung von leichten Lohnerhöhungen ausgelegt. Daraufhin nahmen am Montag, dem 4. Januar, die meisten Färber die Arbeit wieder auf, nachdem ihnen der Verwaltungsrat freie Hand gelassen, aber doch zum Einschwenken geraten hatte<sup>259</sup>. Allerdings fanden nicht alle Arbeitswilligen Beschäftigung; aus Mangel an Arbeit, wie die Fabrikanten behaupteten, als Schikane gegen die aktivsten Vereinsmitglieder, wie die Internationalen es auslegten. Manche von diesen verlangten sofort den Abschied, um anderswo Arbeit zu suchen. Es machte böses Blut und stellte einen neuen Akt des Klassenkampfes von rechts dar, daß diese Abschiede mit einem Zeichen versehen waren, das ihre Besitzer als Rädelsführer brandmarkte und ihnen eine anderweitige Anstellung verunmöglichte<sup>260</sup>. Zudem scheint unter den Unternehmern nur Clavel Wort gehalten und den am Samstag gemachten Versprechungen nachgelebt zu haben. Der intransigenteste der Arbeitgeber, Müller-Hauser, der sich kompromißlos von allen Besprechungen ferngehalten hatte, mutete seinen Arbeitern sogar zu, folgende Erklärung zu unterzeichnen: «Der Unterzeichnete erklärt, sich hiermit zu verpflichten, an keiner Arbeitsausstellung sowie an keiner Ruhestörung mehr teilnehmen zu wollen.» Die meisten Färber unterschrieben diese Demutsakte; unter ihnen befanden sich nicht wenige Internationale<sup>261</sup>. In einer stark besuchten Versammlung der Färbersektion vom 10. Januar wurde festgestellt, daß 57 Mitglieder, mit Reisegeld versehen, abgereist seien; 135 Mann, größtenteils Familienväter, seien noch immer arbeitslos und auf die Unterstützung durch die I.A.A. angewiesen<sup>262</sup>.

Auf die Eingabe der Mechaniker vom 28. Dezember erfolgte erst am 11. Januar eine Antwort. Die Meister lehnten schroff jede Verhandlung ab. Waren die Angehörigen dieser Sektion, die zu den intelligentesten und klassenbewußtesten unter den internationalen

<sup>259</sup> S.P., B 1: Prot. vom 4. Jan. 1869; B.N., 5. Jan. 1869; Sch. Vfr., 12. Jan. 1869; Arbeiter, 9. Jan. 1869; Vorbote, Jan. 1869; Becker, p. 24.

<sup>260</sup> Nach einer Notiz des «Arbeiters» vom 9. Jan. 1869 wurden verschiedene solcher «gezeichneten» Abschiede der Polizeidirektion unterbreitet, ohne daß diese die Färbersektion einer Antwort gewürdigt hätte.

<sup>261</sup> Vorbote, Jan. 1869; Becker, p. 24.

<sup>262</sup> Arbeiter, 16. Jan. 1869.

Arbeitern gehörten, schon bisher kaum zurückzuhalten gewesen, so kam es jetzt zu schärfsten Auseinandersetzungen innerhalb des I.A.V. Frey stellte sich den Forderungen des Mechanikerpräsidenten Stamm mit Hinweis auf Beckers Ermahnungen aufs heftigste entgegen. Starkes Haltung erscheint im Zwielficht; schließlich wurde den Mechanikern der Streik untersagt. Die Führer der Sektion fügten sich dem Entscheid der übergeordneten Instanz nur mit Murren. Die hier aufbrechenden persönlichen Gegensätze trugen wesentlich zum späteren Zerfall der Organisation bei<sup>263</sup>.

Hatte der lange drohende Mechanikerstreik vermieden und der Arbeitskampf der Färber zu einem wenn auch unerfreulichen Ende gebracht werden können, so kam es unerwarteterweise bei den Bandwebern zu einem neuen Konflikt. Das Abkommen vom 29. Dezember hatte den Unternehmern in der Lohnfrage großen Spielraum gelassen. So war ein leidliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach den Vorfällen der letzten zwei Monate vom guten Willen der Bandfabrikanten abhängig. Dieser konnte bei Männern von der Gesinnung Carl Sarasins ohne weiteres vorausgesetzt werden. Es fehlte denn auch in den folgenden Monaten und Jahren nicht an Gesten des Verständnisses von dieser Seite und an Dankbarkeitsbezeugungen aus der Posamenterschaft<sup>264</sup>. Wo sich aber der Patriarchalismus ausschließlich als Herr-im-Hause-Standpunkt äußerte, mußte es zu neuen Spannungen kommen. Dies war vornehmlich bei der Firma Horandt und Söhne der Fall, deren Leitung in der Behandlung der Arbeiterschaft eine wenig glückliche Hand bewies<sup>265</sup>. Die Folge war, daß am selben 4. Januar, der das Ende des Seidenfärberkampfes brachte, 70 Posamenten dieser Fabrik die Arbeit einstellten<sup>266</sup>.

Es ist für die Verhältnisse im I.A.V. bezeichnend, daß auch dieser Schritt gegen den Willen des Gesamtkomitees und wohl auch der Führerschaft der Bandwebersektion erfolgte, aber die Zustimmung der Generalversammlung des Posamentervereins fand<sup>267</sup>. Unter-

<sup>263</sup> Briefwechsel, 14. Jan. 1869; S.P., B 1 und B 3, 1; Becker, p. 27 ff. Stamm wurde kurz nach dem 11. Januar entlassen. Als eine Anzahl dem I.A.V. angehörende Berufskollegen sogleich bereit waren, in Sympathiestreik zu treten, wußte dies Stamm mit dem Argument zu verhindern, daß im Klassenkampf persönliche Rücksichten keine Berechtigung hätten und der günstigste Augenblick für den Kampf abgewartet werden müsse.

<sup>264</sup> Sch.Vfr. und B.N., 1869/70, passim.

<sup>265</sup> Geering, p. 788. Geering nennt Horandt das Gegenbild Sarasins; er sei denn auch an seinem übeln Gebaren zugrunde gegangen.

<sup>266</sup> Arbeiter, 9. Jan. 1869; Vorbote, Jan. 1869; Becker, p. 25 f.; Sch.Vfr., 13. Jan. 1869; B.N., 7., 9. und 11. Jan. 1869; N.B.Ztg., 10. und 23. Jan. 1869.

<sup>267</sup> S.P., B 1: Prot. vom 12. Jan. 1869.

handlungen zerschlugen sich an der Unnachgiebigkeit beider Seiten. Der «Arbeiter» meldete am 6. Februar, der Unternehmer, dem es in diesem Konflikt um den Vernichtungsschlag gegen den I.A.V. gehe, habe Zirkulare an die andern Fabrikanten geschickt, wonach die Arbeiter bis zum 9. April keine Anstellung erhalten sollten. Es wurde allgemein übel vermerkt, daß die bestreikte Firma in den Blättern des Nachbarkantons Arbeitersatz für 22 Franken Wochenlohn suchte, offenbar nicht nur, weil sie Mühe hatte, Streikbrecher zu finden, sondern um sich den Anschein guter Bezahlung zu geben. Einer der Streikenden erklärte in der Basler Presse im Namen aller, er sei gerne bereit, für 16 Franken in der Woche die Arbeit wieder aufzunehmen, er habe vorher weniger verdient<sup>268</sup>. Mehr Galgenhumor als Ironie spricht aus einer Einladung zu einer musikalischen Unterhaltung zugunsten der Streikenden vom 17. Januar im «Schweizerhaus». Das Programm umfaßte unter anderem folgende Nummern: Horandts Abschied; Hungergalopp, komponiert von Dr. Schmalhans; Händöpfelsuppen-Walzer, komponiert von Prof. Kopfab; der B.N. Zettergeschrei, komponiert von Garibaldi II.<sup>269</sup>. Der gut besuchte Anlaß fand in einer Atmosphäre der Resignation statt; die offene Rebellion hatte der Verzweiflung Platz gemacht.

Als sich am 20. Januar der Kleine Rat erneut mit der Arbeiterfrage befaßte, konnte der Vertreter des Staatskollegiums berichten, die Verhältnisse seien zwar noch nicht normal geworden, es seien aber keine erheblichen Ruhestörungen mehr zu befürchten. Daraufhin wurden die außerordentlichen Maßnahmen vom 16. Dezember 1868 aufgehoben<sup>270</sup>.

Obschon gegen Ende Januar immer noch rund 300 Personen, fast ausschließlich Angehörige des I.A.V., ohne Arbeit waren, unter ihnen rund 150 ausgesperrte Seidenfärber und die 70 streikenden Posamentier der Firma Horandt, konnte der Arbeitskonflikt als beendet gelten<sup>271</sup>.

Der erste Basler Klassenkampf zwischen Unternehmertum und Proletariat endete im Frühjahr 1869 mit der Niederlage der Arbeiterschaft. Verschiedenartige Ursachen haben dazu beigetragen.

### *Streiktypologische Analyse des Arbeitskampfs*

Eines ist unbestritten: Die objektiven Grundlagen für eine Lohnbewegung in der Basler Textilindustrie, vor allem in der Bandwe-

<sup>268</sup> Becker, p. 31.

<sup>269</sup> Arbeiter, 16. Jan. 1869.

<sup>270</sup> St.A.B., Prot. d. Kl. R., 238. Jg., 1869, Prot. vom 20. Jan. 1869.

<sup>271</sup> Arbeiter, 30. Jan. 1869; Vorbote, Jan. 1869; N.B.Ztg., 24. Jan. 1869.